
DOI 10.15826/QR.2015.4.133

УДК 338(091)+327.2(091)+621.6(091)

Falk Flade

**„EIN GLÄNZENDES ZEUGNIS DES SOZIALISTISCHEN
INTERNATIONALISMUS“ – PLANUNG UND
BAU DER ERDGASLEITUNG “SOJUZ“ (1974–1979)**

Falk Flade

***A VIVID EXAMPLE OF SOCIALIST INTERNATIONALISM:
THE DESIGN AND CONSTRUCTION OF THE SOYUZ
GAS PIPELINE (1974—1979)***

The article examines the construction of the natural gas pipeline *Soyuz* with special regard to the international cooperation within the context of the Council for Mutual Economic Assistance. It pays special attention to the difficulties, which emerged during planning and construction of the pipeline and is based on international secondary literature as well as archive material from Berlin, Warsaw and Moscow. The article concludes that due to a lack of clarity concerning financing and repayment modes, the involved countries did not try to realize comparable large-scale infrastructure projects in the 1980s. Instead, the Soviet Union turned to financially stronger countries in the West.

Keywords: natural gas pipeline *Soyuz*; Council for Mutual Economic Assistance; International Investment Bank; international cooperation; infrastructures.

В статье рассматривается проект строительства газопровода «Союз» как результат международного сотрудничества стран в рамках Совета Экономической Взаимопомощи (СЭВ). Особое внимание уделяется анализу сложностей, которые возникли в ходе планирования и строительства газопровода. Для исследования были привлечены вторичные источники информации из разных стран и архивные материалы из Берлина, Варшавы и Москвы. Автор приходит к выводу, что неясность в вопросах, касающихся способов финансирования и оплаты, привела к тому, что в 1980-е гг. страны – участницы СЭВ воздержались от реализации проектов, сопоставимых по масштабу со строительством газопровода. Вместо этого Советский Союз обратился к западным странам с более прочным финансовым положением.

Ключевые слова: газопровод «Союз»; Совет Экономической Взаимопомощи; Международный инвестиционный банк; международное сотрудничество; инфраструктуры.

Einleitung

„Ein glänzendes Zeugnis des sozialistischen Internationalismus“ – so bezeichnete Leonid Brežnev, Generalsekretar der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in einer Grußnote den planmäßigen Abschluss des Orenburg-Projektes im Herbst 1979. Brežnev lobte die Erdgasleitung und die damit verbundenen Aufbereitungsanlagen als den „größten gaschemischen Komplex Europas und ein seinen technischen Parametern nach einmaliges Gastransportsystem“, dass „einen gewichtigen Beitrag zur Steigerung des Energiepotentials der Mitgliedstaaten des RGW leisten“ wird¹.

Damit schien die Fertigstellung der Erdgasleitung *Sojuz*² sowie der damit verbundenen Erdgasaufbereitungsanlagen in der Stadt Orenburg eine weitere sozialistische Erfolgsgeschichte zu sein. Immerhin mussten beim Bau dieser knapp 2.700 Kilometer langen Pipeline zwischen Orenburg an den südwestlichen Ausläufern des Urals und der Stadt Užgorod³ an der sowjetischen Westgrenze Hindernisse wie die 3,6 Kilometer breite Wolga oder die Karpaten bis knapp 1.600 Höhenmeter überwunden werden, um ab 1979 die Erdgaslieferungen nach Bulgarien, in die Tschechoslowakei, die DDR, Polen, Rumänien und Ungarn aufnehmen zu können.

Vorgeschichte

Die osteuropäische Energieversorgung geriet in den 1970er Jahren zunehmend unter Druck. Die sozialistische Industrialisierung mit ihrem Fokus auf die Schwerindustrie hatte seit den 1950er Jahren einen extrem energieintensiven Entwicklungspfad eingeschlagen. Um das möglichst hohe Wirtschaftswachstum anzufeuern, benötigten die sozialistischen Volkswirtschaften unaufhörlich steigende Mengen an Roh- und Brennstoffen. Während es den kapitalistischen Ländern insbesondere nach den Ölkrisen der 1970er Jahre gelungen war, das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch zu entkoppeln, scheiterte der Übergang von einem extensiven hin zu einem intensiven Wachstumspfad in Osteuropa [Gustafson, S. 9]. Dieses „Energie- und Brennstoffproblem“, wie es in

¹ Grußnote an „die Kollektive der Bau- und Montageorganisationen des Ministeriums für Erdöl- und Gasanlagenbau, des Ministeriums für Energiewirtschaft und Elektrifizierung der UdSSR, des Ministeriums für Montage und Sonderbauwesen der UdSSR, an die Werkstätten der Gasindustrie, an die Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen und alle Teilnehmer der Errichtung der Ferngasleitung Sojus und des Orenburger Gaskomplexes“ [Breshnew, S. 27].

² In Archivmaterial und Sekundärliteratur trifft man häufig auf die juristisch korrekte Benennung „Gasleitung Orenburg-Westgrenze UdSSR“. In diesem Aufsatz wird die kürzere und damals allgemein gebräuchliche Bezeichnung *Sojuz* (Союз, russ. „Bündnis“) verwendet, das gesamte Bauvorhaben wird Orenburg-Projekt genannt.

³ In Anlehnung an das Archivmaterial werden auch ukrainische Ortsnamen aus dem russischen transliteriert.

zeitgenössischen Texten bezeichnet wurde, betraf vornehmlich die kleineren osteuropäischen Länder, die im Gegensatz zur Sowjetunion nur in sehr begrenztem Umfang über die modernen Energieträger Öl und Gas verfügten⁴.

Vor völlig anderen Problemen stand dagegen die Sowjetunion. Obwohl Geologen seit den 1960er Jahren immer größere Erdöl- und Erdgaslagerstätten an der mittleren Wolga und in Westsibirien entdeckten, scheiterte die sowjetische Industrie daran, die für die Erschließung notwendigen Großrohre und leistungsfähigen Verdichter und Pumpen in entsprechenden Mengen zu produzieren [Högselius, S. 135ff].

Dies waren die Voraussetzungen, die eine internationale Zusammenarbeit attraktiv machten. Allerdings stellten solche mit Auslandsinvestitionen verbundene Kooperationen die nationalen Planungsbehörden vor große Herausforderungen. Wie im Fall der 1959 bis 1963 erbauten Erdölleitung *Družba* waren Investitionen zum Ausbau grenzüberschreitender energietechnischer Infrastrukturen bis dahin ausschließlich auf dem eigenen Staatsterritorium realisiert worden. Diese Organisationsstruktur stieß allerdings immer mehr an seine Grenzen. Deshalb rückten multilaterale Institutionen wie der bereits 1949 gegründete Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW⁵) oder die 1972 gegründete Internationale *Investitionsbank* (IIB) ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Eine Antwort auf diese Herausforderungen sollte auch das 1971 von den RGW-Staaten angenommene „Komplexprogramm“⁶ geben. Darin hieß es unter der Überschrift „Hauptrichtungen und –aufgaben der Entwicklung der Zusammenarbeit in der Industrie für die Brennstoff- und Energiezweige“:

Die von der UdSSR im Jahre 1972 zu unterbreitenden Vorschläge für das mögliche Volumen des Erdöl- und Gasexports in die Mitgliedsländer des RGW für den Zeitraum bis 1980 und die Bedingungen der Zusammenarbeit der interessierten Länder bei der Schaffung zusätzlicher Kapazitäten für die Gewinnung und den Transport von Erdöl und Gas auf dem Territorium der UdSSR sind zu prüfen, entsprechende Abkommen auszuarbeiten und im Jahre 1973 abzuschließen (Kapitel Drei. Abschnitt Zehn. Punkt 16).

Ziel war die Beteiligung der RGW-Länder an Direktinvestitionen auf dem Territorium der UdSSR in Form von Bauleistungen und Materiallieferungen. Ein zentraler ideologischer Aspekt war die Idee der „sozialisti-

⁴ Eine Ausnahme war Rumänien mit seinen umfangreichen Öl- und Gasvorkommen, das sich deshalb nur eingeschränkt am Orenburg-Projekt beteiligte.

⁵ Wenn im Folgenden vom RGW geschrieben wird, sind folgende Länder gemeint: Volksrepublik Bulgarien, Tschechoslowakische Sozialistische Republik, Deutsche Demokratische Republik, Volksrepublik Polen, Sozialistische Republik Rumänien, Ungarische Volksrepublik sowie Sowjetunion. RGW-Mitglieder waren aber auch die Mongolische Volksrepublik (seit 1962), die Sozialistische Republik Vietnam (seit 1978) und die Republik Kuba (seit 1972).

⁶ Das Komplexprogramm war neben dem Statut von 1959 und den Grundprinzipien von 1962 das bedeutendste RGW-Dokument. Seine volle Bezeichnung lautete „Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW“.

schen ökonomischen Integration“, die sich auch in der vollen Bezeichnung des Komplexprogramms wiederfindet. Beabsichtigt war eine noch festere ökonomische Verbindung der sozialistischen Staaten. Eben hier setzte das *Orenburg-Projekt* an, das als sogenanntes *Integrationsprojekt* zum ökonomisch und politisch bedeutungsvollsten Vorhaben der RGW-Länder in den 1970er Jahren werden sollte.

Die Beteiligten

1973 hatte die Sowjetunion ihren sozialistischen Partnern den Vorschlag unterbreitet, das 1966 entdeckte Erdgasfeld bei Orenburg gemeinsam zu erschließen. Dieser Vorschlag wurde dem RGW-Planungskomitee übergeben und hier weiter entwickelt. Am 21. Juni 1974 unterzeichneten die Ministerpräsidenten Bulgariens, der ČSSR, der DDR, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Sowjetunion auf der 28. RGW-Ratstagung in Sofia das „Generalabkommen über die Zusammenarbeit bei der Erschließung der Orenburger Gaskondensatlagerstätte und beim Bau der Ferngasleitung Orenburg-Westgrenze der UdSSR sowie über damit verbundene Erdgaslieferungen aus der UdSSR“. Das Generalabkommen regelte grundsätzliche Fragen bezüglich des Baus des Orenburg-Projektes und wurde in den Folgejahren durch über 20 weitere zwei- und mehrseitige Spezialabkommen ergänzt. Grundsätzlich waren ab 1980 Erdgaslieferungen im Umfang von 2,8 Milliarden m³ an die osteuropäischen Vertragspartner vorgesehen. Rumänien sollte 1,5 Milliarden m³ erhalten, für die Sowjetunion waren 12,5 Milliarden m³ vorgesehen [Mentz, Pfeffer, S. 205–206].

Um die zum Teil erheblichen Probleme beim Bau anderer Erdgasleitungen in der Sowjetunion zu vermeiden, wurden die Verantwortlichkeiten durch das Generalabkommen genau geregelt. Generalauftraggeber war das Ministerium für Gasindustrie der UdSSR (Mingazprom), das von dem aus der aserbaidischen Ölindustrie kommenden Sabit Orudžev geleitet wurde. Generalauftragnehmer war das erst 1972 gegründete Ministerium für den Bau von Betrieben der Erdöl- und Erdgasindustrie der UdSSR (Minneftegazstroj), das von dem aus der westsibirischen Öl- und Gasregion Tjumen stammenden Boris Ščerbina geführt wurde. Beide Ministerien gründeten ihrerseits das Außenhandelsunternehmen *Sojuzzarubežgazprom* sowie die Allunionsvereinigung *Sojuzintergazstroj*, die für die praktische Umsetzung des *Orenburg-Projektes* verantwortlich waren und als Vertragspartner für die jeweiligen Errichtungsorganisationen der beteiligten RGW-Länder auftraten. Besaßen diese Errichtungsorganisationen kein Außenhandelsrecht, traten auch die Außenhandelsorganisationen der entsprechenden Branche als Vertragspartner auf⁷. Im Fall der Volksrepublik

⁷ Für Ungarn waren die Errichtungsorganisation Petrober und das Außenhandelsunternehmen Chemokomplex, für die ČSSR die Errichtungsorganisation Tranzitní Plynovod und das Außenhandelsunternehmen Simex, für die DDR das Planungs- und Konstruktionsbüro für Maschinenbau PKM sowie das Außenhandelsunternehmen Limes verantwortlich.

Polen war ausschließlich das speziell für das *Orenburg-Projekt* gegründete Unternehmen Energopol aus Warschau zuständig, das von den Generaldirektoren Romuald Kozakiewicz und Bogdan Woś geleitet wurde [AAN, 929/9/13]. Energopol und die anderen Errichtungsorganisationen sollten laut Vertrag einen der fünf Bauabschnitte von etwa 550 Kilometer Länge selbständig ausführen und dem Generalauftragnehmer Minneftegazstroj „schlüsselfertig“ übergeben. Somit ging das gesamte Objekt nach Fertigstellung in den Besitz des Generalauftraggebers Mingazprom und damit der Sowjetunion über [Ushakow, S. 104].

Zur besseren Koordinierung und Kontrolle des Gesamtprojektes wurde eine sogenannte Zwischenstaatliche Regierungskommission ins Leben gerufen, die zum ersten Mal im Januar 1975 in Moskau tagte. Den Vorsitz hatte Michail Lesečko, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR inne, was die Bedeutung des *Orenburg-Projektes* unterstreicht. Auf den jährlich stattfindenden Tagungen war regelmäßig auch Boris Ščerbina und Sabit Orudžev anwesend und berichteten von den Fortschritten beim Bau der Gasleitung. Zusätzlich fanden einmal im Quartal Beratungen der Regierungsbevollmächtigten der Teilnehmerländer statt, die von Aleksej Sorokin, dem Vizeminister von Minneftegazstroj, initiiert worden waren [BArch. DN 10/1158]. Sorokin war eine zentrale Figur der sowjetischen Gasindustrie und verantwortlich für die Anbahnung der ersten Gasexportgeschäfte mit westeuropäischen Staaten Ende der 1960er Jahre.

Kontroversen

Die Sowjetunion war laut Generalabkommen verantwortlich für den Aufschluss der in 1.300 bis 2.300 Meter Tiefe liegenden Erdgaslagerstätte bei Orenburg. Im Bereich der Erdgasleitung übernahm sie die geologische Erkundung, Projektierung und Baustellenversorgung an den fünf Abschnitten. Bauarbeiten selbst waren für die sowjetische Seite nicht vorgesehen. Der Beitrag Rumäniens beschränkte sich auf die Finanzierung des Einkaufs von Maschinen in kapitalistischen Ländern für die Erdgasaufbereitungsanlagen in Orenburg. Die fünf anderen Vertragspartner übernahmen einen der fünf Bauabschnitte der Erdgasleitung und verpflichteten sich, die Arbeiten bis zum vierten Quartal 1978 fertig zu stellen [AAN, 869/242/10, S. 102].

Trassenaufteilung

Allerdings kam es von Anfang an zu Verzögerungen des Baubeginns. Im Zuge der Ölkrise stiegen die Weltmarktpreise für Stahlrohre und die zum Verlegen benötigten Baumaschinen deutlich an. So hatte der amerikanische Baumaschinenlieferant *Caterpillar* in der ersten Jahreshälfte seine Preise bereits um 24 % angehoben und weitere Preissteigerungen angekündigt [AAN, 929/9/14]. Diese Teuerungen waren natürlich nicht im Interesse der Betei-

ligten. Insbesondere der Sowjetunion war an der möglichst schnellen Fertigstellung der östlichen Bauabschnitte zwischen Orenburg und Novoposkov gelegen. Hier kreuzten sich die Erdgasleitungen *Sojuz* und *Mittelasien-Zentrum*. Die Erdgasleitung *Mittelasien-Zentrum* leitete den begehrten Rohstoff von den riesigen usbekischen Gasfeldern um Gazli in die zentralrussischen Verbrauchszentren und war eine der Hauptarterien des sowjetischen Erdgasnetzes. Bereits im Mai 1974, also noch vor der Unterzeichnung des Generalabkommens, betonte Aleksej Sorokin in einem Gespräch mit Bogdan Kozakiewicz die Bedeutung dieses Bauabschnittes und bot eine beschleunigte Lieferung knapper Rohre für den „polnischen“ Abschnitt an. Allerdings waren im Mai 1974 noch nicht einmal die Projektierungsarbeiten abgeschlossen, die in der ausschließlichen Verantwortung des sowjetischen Konstruktionsbüros Južnyjgiprogaz aus Doneck lagen. Deshalb lehnten die Planer von Energopol einen vorschnellen Baubeginn ab [AAN, 929/12/1].

Auch aus anderen Gründen rief die Aufteilung der einzelnen Trassenabschnitte Kontroversen zwischen den beteiligten Ländern hervor. Insbesondere die Tschechoslowakei stellte sich der Position Polens, Ungarns und der DDR entgegen, die Länge der einzelnen Abschnitte anhand der zu erwartenden Devisenaufwendungen festzulegen. Die tschechoslowakischen Planer wollten den fünften, westlichsten Abschnitt durch die Karpaten übernehmen, der trotz seiner Kompliziertheit für das im Pipelinebau erfahrene Land einige Vorteile bot. Der Bauabschnitt durch die Karpaten war mit einem besonders großen Arbeitsaufwand verbunden, ohne jedoch einen entsprechend hohen Einsatz westlicher Devisen zu erfordern. Die von Polen, Ungarn und der DDR vorgeschlagene Trassenaufteilung anhand der Devisenaufwendungen hatte diesen Bauabschnitt allerdings besonders unattraktiv gemacht [BArch, DE 1/56123]. Letztendlich einigte man sich auf das Prinzip gleicher Devisenaufwendungen, wobei der besagte fünfte Abschnitt durch die Karpaten davon ausgenommen wurde.

Deshalb kam es Anfang 1975 zu einer grundsätzlichen Neuverteilung der Bauabschnitte, obwohl wie im Fall von Energopol zu diesem Zeitpunkt bereits weitreichende Vorbereitungen für den ersten, östlichsten Bauabschnitt getroffen worden waren. Letztendlich wurden die Bauabschnitte folgendermaßen aufgeteilt:

- *Abschnitt I:* Orenburg – Aleksandrov Gaj (555 Km), von Ungarn finanziert, Verlegung und Bau der fünf Verdichterstationen vollständig durch sowjetische Subunternehmer von *Minneftegazstroj* und bulgarische Baukollektive;

- *Abschnitt II:* Aleksandrov Gaj – Sochranovka (554 Km), von ČSSR finanziert, Verlegung der Leitung vollständig durch Subunternehmer von *Minneftegazstroj*, fünf Verdichterstationen durch ČSSR errichtet;

- *Abschnitt III:* Sochranovka – Kremenčug (584 Km), von Polen finanziert und vollständig ausgeführt;

- *Abschnitt IV:* Kremenčug – Bar (515 Km), von DDR finanziert, 250 Km baut *Minneftegazstroj*, 265 Km sowie fünf Verdichterstationen durch DDR gebaut;

- *Abschnitt V: Bar – (469 Km), von Bulgarien finanziert, Verlegung durch Minneftegazstroj, Bau der drei Verdichterstationen durch Ungarn.*

Letztendlich hatten sowjetische Subunternehmer von *Minneftegazstroj* insgesamt über 70 Prozent oder 1.800 Kilometer der Erdgasleitung *Sojuz* selbst verlegt und fünf der 22 Verdichterstationen erbaut [Оруджев, с. 87]. Lediglich Polen konnte den Bau ihres Abschnittes völlig selbständig ausführen. Während Ungarn und Bulgarien nicht über die entsprechenden Fachkräfte verfügten, war die ČSSR Mitte der 1970er Jahre mit dem Ausbau der für die geplanten Westexporte bedeutungsvollen Transit-Gasleitung im eigenen Land voll ausgelastet. Die DDR wiederum litt unter chronischem Fachkräftemangel und sicherte sich bereits im Dezember 1974 die Zustimmung des Gosplan – Vorsitzenden Nikolaj Bajbakov für die Aufteilung der Bauarbeiten mit der Sowjetunion [BArch, DY 30/IV 2/2.036/58, S. 248].

Westliche Kredite

Die entscheidenden Komponenten der Erdgasleitung *Sojuz* wurden vom sowjetischen Ministerium für Außenhandel aus dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“, also den kapitalistischen Staaten importiert. Das betraf vor allem die 1,65 Millionen Tonnen Stahlrohre mit einem Durchmesser von 1420 Millimeter aus Frankreich (Vallourec), Italien (Finsider) und Japan (Sumitomo Shoji Kaisha) sowie 158 Verdichter aus der Bundesrepublik Deutschland (AEG-Kanis, Mannesmann) und Italien (Nuovo Pignone) mit einer Leistung von zehn Megawatt [Hannigan, S. 36–37]. Dafür mussten Kredite in frei konvertierbaren Währungen auf den westlichen Geldmärkten aufgenommen werden. Auch dies geschah zentralisiert für alle beteiligten Länder über die Internationale Investitionsbank (IIB), die eng mit dem RGW sowie der Staatsbank der Sowjetunion kooperierte [Belitschenko, S. 26–31]. Die kollektive Kreditaufnahme der sozialistischen Länder verbesserte die Kreditkonditionen, da dieser Bank auf dem westlichen Kapitalmarkt die hohe Kreditwürdigkeit der Sowjetunion zugeschrieben wurde. Insgesamt erteilte die IIB den am Bau beteiligten Ländern einen Hauptkredit in Höhe von etwa 2,4 Milliarden US-Dollar. Die Bereitstellung der Geldmittel begann ab Mitte 1975, die Tilgung sollte über einen Zeitraum von 13 Jahren erfolgen und bis Ende 1987 abgeschlossen werden [BArch, DC 20/16331, S. 271–273].

Allerdings hatten die Kredite zwischen der IIB und den von der *Deutschen Bank*, der *Dresdner Bank* und Chase Manhattan geführten Bankenkonsortien eine Laufzeit von lediglich fünf bis sieben Jahren. Die Laufzeit zwischen der IIB und den am Bau beteiligten Ländern lag jedoch bei 13 Jahren. Zur Überbrückung dieser Finanzierungslücke sollten deshalb weitere Kredite aufgenommen werden. Allerdings hatte die IIB Probleme, solche Kredite auszuheben. Albert Belitschenko, Präsident der IIB, begrün-

dete diese Lage in einem Gespräch mit Horst Kaminsky, dem Präsidenten der Staatsbank der DDR, im März 1977 damit, dass „eine Pressekampagne über die Verschuldung der sozialistischen Länder und die provokatorische Haltung englischer und amerikanischer Banken zu einer Zurückhaltung der kapitalistischen Banken gegenüber der IIB geführt haben“ [BArch, DC 20/4323, S. 35].

Deshalb erhob die IIB 1977 die Forderung, dass die Tilgungsfristen gegenüber den RGW-Partnern angepasst werden müssen. Eine solche Fristverkürzung hätte allerdings einschneidende Konsequenzen für die kommende Planperiode ab 1980 gehabt. Deshalb pochten die osteuropäischen Schuldnerländer auf ihre im Kreditvertrag mit der IIB festgelegte Laufzeit von 13 Jahren. Der Präsident der sowjetischen Staatsbank, Vladimir Alchimov, fasste die verfahrenere Situation auf einer außerordentlichen Bankrats-tagung der IIB im Mai 1977 in Moskau folgendermaßen zusammen:

Als 1974 das Generalabkommen und 1975 der Kreditvertrag abgeschlossen wurden, war die Lage auf dem Markt noch eine andere. Sie hat sich seitdem verschärft und zu unseren Ungunsten entwickelt. Wir müssen der ernsten Situation, die mit der weiteren Beschaffung von Krediten im Zusammenhang steht, offen ins Auge sehen. Die Länder dürfen nicht so tun, als ob es diese Fragen nicht gäbe. Die IIB hat seinerzeit mit den Ländern ein gefährliches Abkommen gemacht. Die Länder müssen die eingetretene Lage realistisch sehen. Jeder bringt juristische Argumente, das hilft uns aber nicht weiter. Die Länder haben Verpflichtungen aus dem Generalabkommen und sind für die IIB, die eine gemeinsame Bank ist, mit verantwortlich. Die sowjetische Seite hält es für notwendig, seitens der Länder Rückversicherungsmaßnahmen für die IIB zu treffen für den Fall, daß es nicht gelingt, die noch benötigten Kredite rechtzeitig und in vollem Umfang zu beschaffen [BArch, DC 20/4323, S. 13–14].

Daraufhin unterbreitete die Delegation der UdSSR auf der 4. Tagung der Zwischenstaatlichen Regierungskommission im April 1978 den Vorschlag, die eigenen Verbindlichkeiten gegenüber den Teilnehmerländern am Bau der Erdgasleitung *Sojuz* vorfristig zu tilgen, damit diese ihrerseits eine vorfristige Tilgung der Kredite in konvertierbaren Devisen gegenüber der IIB vornehmen konnten [BArch, DN 10/1158]. Selbst auf der sechsten und letzten Tagung der Zwischenstaatlichen Regierungskommission im Juni 1981 in Moskau war die Frage der Kreditlaufzeiten, aber auch anderer wichtiger Währungs- und Finanzfragen weiterhin offen [RGAE, 302/2/1908, S. 47]. Zu dieser Zeit waren die Gaslieferungen schon in vollem Gange. Wahrscheinlich wurden die Gaslieferungen über den Außenhandel zwischen der Sowjetunion und den einzelnen Staaten bilateral abgerechnet, wobei der jeweilige Gaspreis individuell festgesetzt wurde. Deutlich wird jedoch, dass der unflexible sozialistische Außenhandel bei so großen internationalen Projekten an seine Grenzen stieß.

Gaspreis

Eine zentrale Frage bei den Vertragsverhandlungen in der ersten Jahreshälfte 1974 war die Länge der sowjetischen Erdgaslieferungen an die Vertragspartner. Da es sich beim *Orenburg-Projekt* letztendlich um ein zeitlich gestrecktes Kompensationsgeschäft handelte, bei dem die Bauleistungen der einen Seite durch anschließende Rohstofflieferungen der anderen Seite ausgeglichen wurden, war die Länge der Erdgaslieferungen abhängig vom angesetzten Erdgaspreis. Auf der VI. Sitzung des RGW-Planungskomitees Anfang Dezember 1973 zur Vorbereitung des Generalabkommens wurden die Interessen der einzelnen Länder deutlich. Während die sowjetischen Vertreter die Lieferpreise gemäß dem im Ostblock geltenden Preisbildungsmechanismus regelmäßig an die Weltmarktpreise anpassen wollten, forderten die Delegationen der anderen Länder Stopppreise für den gesamten Lieferzeitraum [AAN, 929/9/13].

Diese Diskussion muss vor dem Hintergrund stark steigender Preise für Öl und Gas nach dem ersten Ölpreisschock im Oktober 1973 gesehen werden. Obwohl von offizieller Seite wiederholt darauf hingewiesen wurde, dass die Ölkrise nur die kapitalistischen Länder betreffe, setzte die Sowjetunion im Januar 1975 doch eine Änderung der bis dahin gültigen Preisbildungsformel durch. Die Reform sah nun eine jährliche Anpassung der Rohstoffpreise im Intra-blockhandel vor, basierend auf den durchschnittlichen Weltmarktpreisen der letzten fünf Jahre (Moskauer Prinzip). Bis zum Januar 1975 hatte eine solche Anpassung nur zu Beginn einer Planperiode alle fünf Jahre stattgefunden (Bukarester Prinzip). Die Konsequenz war, dass sich die Preise für sowjetisches Öl und Gas viel schneller den stark steigenden Weltmarktpreisen anpassten. Auf das *Orenburg-Projekt* übertragen hätte eine Übernahme der neuen Preisbildungsformel eine Verkürzung der Gaslieferungen von geplanten zwölf auf vier Jahre bedeutet [Hannigan, McMillan, S. 282].

Deshalb wurde die Frage des Gaspreises im Generalabkommen von 1974 nicht endgültig geregelt. Vielmehr dauerten die Diskussionen um den anzusetzenden Gaspreis an, als die Arbeiten an der Leitung bereits in vollem Gang waren. Der ungarische Delegationsleiter Gyula Szekér beschrieb den Stand der Diskussionen auf der dritten Zwischenstaatlichen Regierungskommission im Februar 1977 so:

Zum Abschluss möchte ich die Frage anschneiden, wie der Preis des Gases berechnet werden soll, das auf Kosten der Schulden geliefert werden wird. Unter Berücksichtigung der Bedeutung dieser Frage, aber auch der Tatsache, daß wir in der nächsten Zeit an die Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne für das nächste Jahrfünft herangehen, schlage ich vor, dass die Fachleute der sowjetischen Seite und der Teilnehmerländer so schnell wie möglich die Prinzipien und die Grundmethoden für die Festlegung des Gaspreises ausarbeiten. Unter Berück-

sichtigung der großen Anstrengungen der Länder beim Bau der Gasleitung wird vorgeschlagen, den Preis für das *Orenburger Gas* niedriger anzusetzen als den Preis für das nach dem Clearing-Verfahren gelieferte Gas [BArch, DN 10/1158].

In der Direktive zum Auftreten der DDR-Delegation für dieselbe Tagung wurde das Thema ebenfalls erwähnt, jedoch mit der Maßgabe, diese Frage auf der Tagung nicht aktiv anzusprechen. Gleichzeitig wurde die Devise ausgegeben, alle Kraft darauf zu konzentrieren, die eigenen Kosten so hoch wie möglich anzugeben [BArch, DN 10/1158]. Aufgrund dieser Zitate lässt sich erahnen, wie extrem vielschichtig der Verhandlungsprozess zwischen den Vertragspartnern war. Diese Feststellung betrifft nicht nur das *Orenburg-Projekt*.

Bewertung

Am 27. September 1978 wurden bei Użgorod an der Westgrenze der UdSSR die letzten beiden Rohre der Erdgasleitung *Sojuz* feierlich verschweißt. Jeweils zwei Schweißer dieser „roten Naht“ aus den beteiligten Ländern wurden mit Medaillen geehrt. Ein Gedenkstein mit der Aufschrift „RGW – Rote Naht des Gastransportsystems Sojuz“ wurde aufgestellt. Boris Ščerbina, Bogdan Woś und andere Repräsentanten hielten Ansprachen. Die Redner betonten die Einmaligkeit der Sojuz-Leitung und ihre Bedeutung für die RGW-Länder. Auch ein Helikopterflug über den anspruchsvollsten Bauabschnitt über die Karpaten war Teil der Feierlichkeiten [Петренко, с. 88].

Tatsächlich war das *Orenburg-Projekt* das bis dahin größte *Gemeinschaftsprojekt* der RGW-Länder und galt bereits während der Bauphase als Paradebeispiel sozialistischer Zusammenarbeit „zum gegenseitigen Vorteil“. In der Hochzeit der Bauarbeiten im Jahr 1977 arbeiteten über 15.000 Menschen an der Erdgasleitung in der Sowjetunion, davon alleine 5.000 aus der DDR sowie 4.250 aus Polen. Kleinstädte mit entsprechender sozialer Infrastruktur entstanden entlang der Trasse, insbesondere im Bereich der 22 Verdichterstationen [Petrenko, S. 28]. Mit der Anbindung der Erdgasleitung *Sojuz* an die tschechoslowakische Transit-Leitung konnten ab 1980 die vertraglich vereinbarten Gaslieferungen beginnen.

Das Orenburg-Projekt hatte zwei Hauptziele: (1) Versorgung der sechs kleineren osteuropäischen RGW-Länder mit defizitärem Erdgas sowie (2) Stärkung der Integration der sozialistischen Volkswirtschaften.

(1) Tatsächlich sicherte die Beteiligung den Gasabnehmerländern den Zugang zu Erdgas in einer Zeit stark steigender Brennstoffpreise. Allerdings mussten dafür erhebliche Mittel in Form von Material, Personal und Kapital aufgebracht werden, die freie Ressourcen für andere Investitionen, die dringliche Modernisierung der Volkswirtschaft oder die Ausweitung des Konsums beschränkten. Hinzu kam, dass die Vertragsländer ihre Staatsverschuldung weiter ausweiten mussten, was in den Folgejahren er-

hebliche Konsequenzen haben sollte. Deshalb wurde das *Orenburg-Projekt* von osteuropäischen Fachleuten unter dem Aspekt der Kapitalallokation als nachteilig beurteilt [Žukrowska, S. 39–40].

(2) Die durch steigende Verschuldung beschränkten Investitionsmöglichkeiten der kleineren RGW-Länder führten dazu, dass für die Planperiode 1981–1985 keine blockweiten Investitionsprojekte von der Größe des *Orenburg-Projektes* mehr realisiert wurden. Auch in rechtlicher Hinsicht brachte das *Orenburg-Projekt* keine nachhaltigen Innovationen hervor, die die Zusammenarbeit im RGW auf eine neue Ebene gehoben hätten. Hier beschränkte sich der multilaterale Ansatz nur auf das Rahmenabkommen, das aber erst durch die bilateralen und zwischenbetrieblichen Abkommen mit Leben gefüllt wurde. Das einzige multilaterale Element der Zusammenarbeit, das über bisherige Formen hinausging, war die bereits erwähnte Zwischenstaatliche Regierungskommission. Letztendlich entsprach das *Orenburg-Projekt* in seiner Gesamtheit also weitgehend den traditionellen Formen eines bilateralen Kompensationsgeschäftes, das bereits beim Bau der Erdölleitung *Družba* 15 Jahre zuvor Anwendung gefunden hatte. Die Vorteile für die Sowjetunion waren eine deutliche Reduzierung der Erschließungskosten sowie der schnellere Ausbau der Leitungsinfrastruktur. Außerdem eröffnete sich der Zugang zu westlicher Technologie, der durch Handelsbeschränkungen des Coordinating Committee for Multilateral Export Controls (CoCom) in früheren Jahren immer wieder begrenzt worden war.

Die Frage, in wieweit die Sowjetunion ihre Verhandlungsposition im vielschichtigen Bargaining-Prozess des Ostblockes stärken konnte, wurde besonders in der westlichen Fachliteratur kontrovers diskutiert. Sicherlich trug das *Orenburg-Projekt* zu einer steigenden Abhängigkeit der Ostblockpartner von sowjetischen Gaslieferungen bei. Allerdings deckten die Gaslieferungen über die Sojuz-Leitung 1980 lediglich 2,9 Prozent des osteuropäischen Energieverbrauchs [Hardt, S. 203]. Hinzu kam, dass die steigende Abhängigkeit im Gassektor jene im Ölsektor milderte. Vielmehr kamen Analysten des *Orenburg-Projektes* zu dem Urteil, dass die Sowjetunion als Energie- und Rohstofflieferant zumindest ansatzweise zu einer Geisel der wirtschaftlichen Schwäche seiner kleineren RGW-Partner wurde [Herzog, S. 25].

Während das *Orenburg-Projekt* also nicht zu einem Impulsgeber für weitere große Integrationsprojekte im Ostblock wurde, war es doch ein Wegbereiter für die engere Zusammenarbeit der Sowjetunion mit Westeuropa [Högselius, S. 180]. Die Konstruktion einer ausschließlich für den Export sowjetischen Erdgases bestimmten Leitung begann schon zu Beginn der 1980er Jahre in Form der *Urengoj – Użgorod* Exportpipeline.

Список литературы

Оруджев С. Важное звено решения топливно-энергетической и сырьевой проблемы // Экономическое сотрудничество стран – членов СЭВ. 1979. № 1. С. 84–87.

Петренко В. Газопровод «Союз» – в строю! // Экономическое сотрудничество стран – членов СЭВ. 1979. № 1. С. 88–92.

РГАЭ – Российский государственный архив экономики. 302/2/1908 (Протокол и стенограмма выступлений участников 6-го заседания межправительственной комиссии по сотрудничеству в строительстве магистрального газопровода Оренбург – Западная граница СССР, протоколы согласования сметной стоимости строительства магистрального газопровода в переводных рублях).

AAN – Archiwum Akt Nowych. 869/242/10 (Информация делегации СССР о ходе подготовки генерального Соглашения по строительству магистрального газопровода из района Оренбурга до западной границы СССР); 929/9/13 (Informacja o podejmowanych przedsięwzięciach związanych z przygotowaniem do budowy I-go odcinka gazociągu orenburskiego; Warszawa, 11.XI.1974); 929/9/13 (Aktualne problemy i wnioski dotyczące budowy rurociągów na terytorium ZSRR, 4. stycznia 1974); 929/9/14 (Informacja o aktualnym stanie spraw związanych z budową rurociągów energetycznych i obiektów towarzyszących na terenie ZSRR); 929/12/1 (Porozumienie generalne o współpracy przy zagospodarowaniu orenburskiego złoża gazowo-kondensatowego i budowie gazociągu magistralnego z rejonu Оренбурга до западной границы ZSRR i związanych z tym dostaw gazu ziemnego z ZSRR).

BArch – Bundesarchiv. DC 20/4323 (Niederschrift über ein Gespräch des Präsidenten der Staatsbank der DDR, Genosse Kaminsky, mit dem Präsidenten der IIB, Moskau, Genossen Belitschenko, auf der Leipziger Frühjahrsmesse, 19.03.1977); DC 20/4323 (Interne Niederschrift über Ausführungen und Gespräche des sowjetischen Staatsbankpräsidenten auf der außerordentlichen Bankratstagung am 26./27.05.1977 in Moskau); DC 20/16331 (Bericht über den Abschluss des Kreditvertrages zur Finanzierung der Erdgasleitung Orenburg-Westgrenze der UdSSR am 10.07.1975 in Moskau); DE 1/56123 (Bericht über den Stand der Verhandlungen zur Vorbereitung der vertraglichen Dokumente für den Bau der Erdgasleitung Orenburg-Westgrenze UdSSR mit Vorschlägen für das weitere Vorgehen der csl. Seite; 17.01.1974); DN 10/1158 (Stenogramm der dritten Sitzung der Regierungskommission der RGW-Länder zur Zusammenarbeit beim Bau der Ferngasleitung Orenburg, Moskau 22.02.1977); DN 10/1158 (Direktive zum Auftreten der DDR-Delegation auf der 3. Tagung der zwischenstaatlichen Regierungskommission „Erdgasleitung-Westgrenze UdSSR am 22. Februar 1977 in Moskau); DN 10/1158 (Bericht über die 4. Tagung der Zwischenstaatlichen Regierungskommission (ZRK) zum Bau der Erdgasleitung „Sojus“ am 25. April 1978 in Moskau); DY 30/IV 2/2.036/58 (Information über die 8. Tagung des Planungskomitees des RGW, 09.12.1974).

Belitschenko A. Die Rolle der IIB in der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Mitglieds-Länder des RGW // Aussenhandel : Monatsschrift des Ministeriums für Aussenhandel der UdSSR. 1978. № 7. S. 26–31.

Breshnew L. Glänzendes Zeugnis des Internationalismus // Aussenhandel : Monatszeitschrift des Ministeriums für Aussenhandel der UdSSR. 1979. № 9. S. 27.

Gustafson T. Crisis amid Plenty: The Politics of Soviet energy under Brezhnev and Gorbachev. Princeton, N. Jersey : Princeton University Press, 1989. 388 p.

Hannigan J. The Orenburg Natural Gas Project and Fuels-Energy Balances in Eastern Europe. Ottawa : Carleton University, 1980. 66 p.

Hannigan J., McMillan C. Joint Investment in Resource Development : Sectoral Approaches to Socialist Integration // East European Economic Assessment. Part 2: Regional Assessments. A Compendium of Papers. Joint Economic Committee Congress of the United States. Washington, D. C., 1981. Pp. 259–295.

Hardt J. P. Soviet Energy Policy in Eastern Europe // Soviet policy in Eastern Europe / ed. by S. Meiklejohn Terry, N. Haven u. a : Yale University Press, 1984. P. 189–220.

Herzog G. Schwäche als Stärke : Bargaining Power im RGW. Berlin (Arbeitspapiere des Osteuropa – Instituts der Freien Universität Berlin : Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft, 17, 1998. 30 S.

Högselius P. Red Gas : Russia and the Origins of European Energy Dependence. Basingstoke : Palgrave Macmillan, 2013. 279 p.

Mentz D., Pfeffer J. Die rechtliche Regelung der internationalen Energiebeziehungen der RGW-Länder. München : Saur, 1982. 765 S.

Petrenko V. Die Erdgasleitung „Sojus“ hat Betrieb aufgenommen // Aussenhandel : Monatsschrift des Ministeriums für Aussenhandel der UdSSR. 1979. № 9. S. 26–42.

Ushakov A. Internationale Rohstoffabkommen im RGW // Das Energieproblem in Ostmitteleuropas. Teil II: Energiepolitik und Energieverbund in den mitteleuropäischen RGW-Staaten / ed. by G. Gutmann, K. C. Thalheim, W. Wöhlke. Marburg : Herder-Institut, 1984. S. 93–113.

Żukrowska K. Wspólne inwestycje krajów RWPG, ich efektywność i znaczenia dla społeczno-gospodarczego rozwoju tych krajów. Ekspertyza Planowa nr 9–33. Polski Instytut Spraw Międzynarodowych. Warszawa, 1981. 51 s.

References

Archiwum Akt Nowych. 869/242/10 (Информация делегации СССР о ходе подготовки генерального Соглашения по строительству магистрального газопровода из района Оренбурга до западной границы СССР); 929/9/13 (Informacja o podejmowanych przedsięwzięciach związanych z przygotowaniem do budowy I-go odcinka gazociągu orenburskiego; Warszawa, 11.XI.1974); 929/9/13 (Aktualne problemy i wnioski dotyczące budowy rurociągów na terytorium ZSRR, 4. stycznia 1974); 929/9/14 (Informacja o aktualnym stanie spraw związanych z budową rurociągów energetycznych i obiektów towarzyszących na terenie ZSRR); 929/12/1 (Porozumienie generalne o współpracy przy zagospodarowaniu orenburskiego złoża gazowo-kondensatowego i budowie gazociągu magistralnego z rejonu Orenbурга do zachodniej granicy ZSRR i związanych z tym dostaw gazu ziemnego z ZSRR).

Bundesarchiv. DC 20/4323 (Niederschrift über ein Gespräch des Präsidenten der Staatsbank der DDR, Genosse Kaminsky, mit dem Präsidenten der IIB, Moskau, Genossen Belitschenko, auf der Leipziger Frühjahrsmesse, 19.03.1977); DC 20/4323 (Interne Niederschrift über Ausführungen und Gespräche des sowjetischen Staatsbankpräsidenten auf der außerordentlichen Bankratstagung am 26./27.05.1977 in Moskau); DC 20/16331 (Bericht über den Abschluss des Kreditvertrages zur Finanzierung der Erdgasleitung Orenburg-Westgrenze der UdSSR am 10.7.1975 in Moskau); DE 1/56123 (Bericht über den Stand der Verhandlungen zur Vorbereitung der vertraglichen Dokumente für den Bau der Erdgasleitung Orenburg-Westgrenze UdSSR mit Vorschlägen für das weitere Vorgehen der csl. Seite; 17.01.1974); DN 10/1158 (Stenogramm der dritten Sitzung der Regierungskommission der RGW-Länder zur Zusammenarbeit beim Bau der Ferngasleitung Orenburg, Moskau 22.02.1977); DN 10/1158 (Direktive zum Auftreten der DDR-Delegation auf der 3. Tagung der zwischenstaatlichen Regierungskommission „Erdgasleitung-Westgrenze UdSSR am 22. Februar 1977 in Moskau); DN 10/1158 (Bericht über die 4. Tagung der Zwischenstaatlichen Regierungskommission (ZRK) zum Bau der Erdgasleitung „Sojus“ am 25. April 1978 in Moskau); DY 30/IV 2/2.036/58 (Information über die 8. Tagung des Planungskomitees des RGW, 09.12.1974).

Belitschenko, A. (1978). Die Rolle der IIB in der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Mitglieds-Länder des RGW. In *Aussenhandel. Monatsschrift des Ministeriums für Aussenhandel der UdSSR*, 7, S. 26–31.

Breshnew, L. (1979). Glänzendes Zeugnis des Internationalismus. In *Aussenhandel. Monatszeitschrift des Ministeriums für Aussenhandel der UdSSR*, 9, S. 27.

Gustafson, T. (1989). *Crisis amid Plenty: The Politics of Soviet energy under Brezhnev and Gorbachev*. 388 p. Princeton, New Jersey, Princeton University Press.

Hannigan, J. (1980). *The Orenburg Natural Gas Project and Fuels-Energy Balances in Eastern Europe*. 66 p. Ottawa, Carleton University.

Hannigan, J. & McMillan, C. (1981). Joint Investment in Resource Development: Sectoral Approaches to Socialist Integration. In *East European Economic Assessment. Part 2: Regional Assessments. A Compendium of Papers. Joint Economic Committee Congress of the United States* (pp. 259–295). Washington, D. C.

Hardt, J. P. (1984). Soviet Energy Policy in Eastern Europe. In Meiklejohn Terry, S. (Ed.). *Soviet policy in Eastern Europe* (pp. 189–220). New Haven u. a., Yale University Press.

Herzog, G. (1998). *Schwäche als Stärke: Bargaining Power im RGW*. 30 S. Berlin (Arbeitspapiere des Osteuropa – Instituts der Freien Universität Berlin : Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft, 17).

Högselius, P. (2013). *Red Gas. Russia and the Origins of European Energy Dependence*. 279 p. Basingstoke, Palgrave Macmillan.

Mentz, D. & Pfeffer, J. (1982). *Die rechtliche Regelung der internationalen Energiebeziehungen der RGW-Länder*. 765 S. München: Saur.

Orudzhev, S. (1979). *Vazhnoe zveno resheniya toplivno-e'nergeticheskoy i sy'r'evoy problemy'* [An Important Element in the Energy and Resources Problem Solution]. In *E'konomicheskoe Sotrudnichestvo Stran – Chlenov SE'V*, 1, pp. 84–87.

Petrenko, V. (1979). *Gazoprovod „Soyuz“ – v stroyu!* [Gas Pipeline „Soyuz“ in Operation!]. In *E'konomicheskoe Sotrudnichestvo Stran – Chlenov SE'V, I*, pp. 88–92.

Petrenko, V. (1979). Die Erdgasleitung „Sojus“ hat Betrieb aufgenommen. In *Aussenhandel. Monatschrift des Ministeriums für Aussenhandel der UdSSR*, 9, S. 26–27.

Rossijskij gosudarstvenny'j arhiv e'konomiki [Russian State Archive of Economics]. 302/2/1908.

Uschakow, A. (1984). Internationale Rohstoffabkommen im RGW. In Gutmann, G., Thalheim, K. C. & Wöhlke, W. (Eds.). *Das Energieproblem in Ostmitteleuropas. Teil II: Energiepolitik und Energieverbund in den mitteleuropäischen RGW-Staaten*. S. 93–113. Marburg, Herder-Institut.

Żukrowska, K. (1981). *Wspólne inwestycje krajów RWPG*, ich efektywność i znaczenia dla społeczno-gospodarczego rozwoju tych krajów. Ekspertyza Planowa nr 9–33. Polski Instytut Spraw Międzynarodowych. 51 s. Warszawa.

The article was submitted on 28.07.2015

Фальк Фладе,
PhD-candidat,
Европейский университет
Виадрина,
Франкфурт-на-Одере, Германия
falk.flade@gmail.com

Falk Flade,
PhD-candidat,
Europa Universität Viadrina,
Frankfurt/Oder, Germany
falk.flade@gmail.com